

## **Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 01.10.2020**

**Zu TOP :**

**Änderungsantrag zu Nord Stream 2**

**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, Fraktion DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0164/2020**

Herr Haack erläutert den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bürger für Stralsund und DIE LINKE zu den Anträgen AN 0154/2020 (TOP 9.7) und AN 0159/2020 (TOP 9.8).

Die Anträge wurden überarbeitet zusammengefasst. Es soll insbesondere die Solidarität mit Lubmin und Sassnitz zum Ausdruck gebracht sowie ein Schulterchluss mit der Landes-/Bundesregierung geübt werden.

Herr Buxbaum schließt sich den Äußerungen von Herrn Haack an.

Frau Bartel begrüßt den vorliegenden Änderungsantrag. Sie bestätigt auch das Anliegen, Frau Schwesig und Frau Dr. Merkel den Rücken zu stärken.

Frau Fechner begründet ausführlich die ablehnende Haltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI. Dabei bezieht sie sich insbesondere auf die negativen Umweltauswirkungen und ein mögliches Abhängigkeitsverhältnis zu Russland. Nord Stream 2 ist aus Sicht ihrer Fraktion ein hochpolitisches und nicht nur ein privatwirtschaftliches Projekt.

Herr Haack kritisiert die dargelegte Einstellung. Als Alternative nennt er, Fracking-Gas aus den USA zu beziehen. Dieses sei wesentlich umweltschädlicher gewonnen und verwerflicher.

Herr Kühnel spricht sich für den Änderungsantrag aus.

Abschließend stellt der Präsident den Änderungsantrag AN 0164/2020 zu den Ursprungsanträgen unter TOP 9.7 und 9.8 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stellt sich vollumfänglich hinter das Projekt Nord Stream 2, insbesondere aufgrund der örtlichen Betroffenheit der Hansestadt Stralsund als große kreisangehörige Stadt des Landkreises Vorpommern-Rügen sowie als Teiloberzentrum mit der Hansestadt Greifswald.

Die Bürgerschaft hat kein Verständnis für die Drohung dreier US-Senatoren an die Adresse der Betreiber des Hafens Sassnitz-Mukran, die darauf gerichtet ist, die Fertigstellung dieses Projektes zu verhindern.

Die wirtschaftspolitische Position der Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Ministerpräsidentin von Mecklenburg Vorpommern Manuela Schwesig wird in dieser Frage durch die Bürgerschaft unterstützt, ebenso wie ihre Zurückweisung der Sanktionsdrohung.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-06-0336

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 08.10.2020